

Husumer Nachrichten - Samstag, 03.07.2010

Keine Abstriche bei Schülerbeförderung Nordfriesland

Massiver Protest führte dazu, dass die Landesregierung die Elternbeteiligung an den Kosten der Schülerbeförderung wieder einkassieren musste. Das ist gerade einmal drei Jahre her. Nun folgt einer neuer Anlauf: Das Land will seine Ausgleichszahlungen im Zuge der Schülerbeförderung streichen. Dagegen wendet sich der Kreistag – auf Antrag von WG-NF und SSW – mit großer Mehrheit.

Die Vorschläge der Haushaltsstruktur-Kommission seien nicht familienfreundlich, führten zum Ausbluten der ländlichen Räume und zerstörten den Öffentlichen Personennahverkehr, sagte Mery Ebsen (WG-NF). Durch die Veränderung der Schullandschaft seien immer mehr Kinder und Jugendliche auf die öffentliche Schülerbeförderung angewiesen. Auch Hans Klein (CDU) erinnerte an das Versprechen von Landesseite, dass Veränderungen nicht zu Lasten der Betroffenen gehen sollen. „Hier geht es also eindeutig um die Erfüllung eines bestehenden Vertrages“, sagte er.

Kerstin Mock-Hofeditz (Grüne) warnte davor, dass womöglich wieder der Geldbeutel der Eltern entscheidet, welchen Bildungsweg Kinder einschlagen. „In diesem Land wird genau das Gegenteil von dem getan, was eigentlich getan werden müsste“, stellte Ulrich Stellfeld-Petersen (SSW) fest.

„Das Land muss sich seiner Verpflichtung stellen, Ausgleichszahlungen an die Kreise zu zahlen“, erklärte Siegfried Puschmann (SPD). Er forderte für den ländlichen Raum gleiche Chancen auf Bildung: „Protestieren wir weiter und suchen uns Verbündete.“ Heute stehe nicht mehr genügend Geld für die komplette Schülerbeförderung zur Verfügung, sagte hingegen Heide-Marie Rasch (FDP). Als Kompromiss schlägt sie eine Sozialklausel wie bei Kindergärten vor.

fu